CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“
Isolde Ries, MdL
Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende

Empfehlung

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Großregion muss grenzenlos sein

Bezug nehmend auf seine bereits am 15. Dezember 2003 in Metz verabschiedete Empfehlung „Grenzüberschreitende Radio- und Fernsehprogramme in der Großregion Saar-Lor-Lux“, bekräftigt der **Interregionale Parlamentarier-Rat** seine Forderung nach einem grenzenlosen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Großregion.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** unterstreicht dabei die wichtige Rolle einer grenzüberschreitenden Wahrnehmung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, um den Lebens-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialraum der Großregion erfahrbarer zu machen und so ein weiteres Zusammenwachsen im Herzen Europas zu befördern.

Insofern würdigt der **Interregionale Parlamentarier-Rat** die bisherigen Angebote der Rundfunkanstalten in der Großregion, mit unterschiedlichen Produktionen die Nachrichten und Themen des Nachbarlandes bzw. der Nachbarregion zum Gegenstand zu machen. Er spricht sich allerdings dafür aus, diese Angebote weiterzuentwickeln und auszuweiten und ebenfalls die personelle und inhaltliche Vernetzung der Rundfunkanstalten der Großregion voranzutreiben. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die fortdauernd bedeutsame Forderung im Zukunftsbild 2020 der *Santer*-Kommission, die politischen Voraussetzungen für die Einrichtung eines eigenständigen Medienprodukts für die Großregion in Form eines Radio- und/oder Fernsehsenders mit kulturellem Schwerpunkt zu schaffen. Im Zuge der Digitalisierung bittet der Interregionale Parlamentarier-Rat die Exekutiven der Großregion um Prüfung, ob eine Mediathek der Großregion insoweit als Einstieg geeignet ist.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** stellt aber auch fest, dass es bislang keine an dem Ziel einer Wahrung und Förderung eines Kommunikationsraumes „Großregion“ ausgerichtete Frequenzkoordinierung gibt und dies insbesondere kein sendetechnisches Problem ist, da Frequenzen grundsätzlich nicht an Ländergrenzen halt machen.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** appelliert daher an die Exekutiven der Großregion und an die nationalen Regierungen, den entsprechenden politischen Willen aufzubringen, damit die Menschen ihre Heimatprogramme auch über die Grenze hinaus hören und sehen können.
Dazu gehören beispielsweise eine Harmonisierung der Urheberrechte, die momentan eher Grenzbefestigung statt Grenzüberschreitung sind, ebenso wie gemeinsame Bedarfsanmeldungen für Rundfunkangebote in der Großregion und die finanzielle Unterstützung der grenzüberschreitenden Sendestrukturen über EU-Programme und Strukturfördermittel, da diese Herausforderung von den Sendern alleine nicht aus dem Regeletat gestemmt werden kann.

In diesem Zusammenhang sollte auch umgehend eine Lösung für „Geoblocking“ von Live-Streaming im Internet gefunden werden, weil derzeit etwa online-übertragene Sportveranstaltungen oder Spielfilme an den nationalen Grenzen noch geblockt werden.

Der **Interregionale Parlamentarier-Rat** weist schließlich – Bezug nehmend auf seine am 16. Mai 2014 in Trier einstimmig verabschiedet Empfehlung „Digitalisierung fördern, regionale Vielfalt sichern“ - auf die mit der aktuellen europaweiten Umstellung des analogen auf den digitalen Rundfunkempfang verbundene Gefahr einer neuen Grenzabschottung hin und bittet die nationalen Regierungen eindringlich, diese Umstellung frühzeitig mit den europäischen Nachbarn zu koordinieren.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Lorraine,
- den Conseil Régional de Lorraine

und nachrichtlich an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Trier, 28. November 2014